

sofia

Sonderforschungsgruppe
Institutionenanalyse

Öffentliche Verschuldung (finanz-)psychologisch betrachtet

Thomas Döring

sofia-Diskussionsbeiträge 19-1, Darmstadt 2019

ISBN: 978-3-941627-73-4

sofia-Diskussionsbeiträge
zur Institutionenanalyse
Nr. 19-1

ISSN 1437-126X

ISBN 978-3-941627-73-4

Öffentliche Verschuldung (finanz-)psychologisch betrachtet

Thomas Döring

Darmstadt, Januar 2019

Inhalt

1 Einleitung und Fragestellung	3
2 Staatsverschuldung aus finanzwissenschaftlicher Sicht – herkömmliche Ansätze im Überblick	5
3 Staatsverschuldung aus Sicht der (Finanz-)Psychologie.....	9
3.1 Reaktanz, fehlende Lernprozesse und der Einfluss der Steuermental.....	10
3.2 Varianten von Schuldenillusion und kognitive Beschränkung der Bürger	14
3.3 Schuldenillusion und Kontrollverlust der politischen Akteure	17
4 Finanzpolitische Schlussfolgerungen.....	20
5 Literatur	23

Abbildungen

Abbildung 1: Schuldenillusion als subjektive Fehlwahrnehmung der Finanzierungslast (Kosten) öffentlicher Leistungen.....	8
Abbildung 2: Tatsächliche Schuldenlast, gefühlte Schuldenlast, Reizschweleneffekt und Schuldenillusion.....	16

Tabellen

Tabelle 1: Entwicklung der Schuldenstandsquoten ausgewählter Länder im Vergleich, 1995-2017 (Schuldenstand in Relation zum BIP in %)	4
---	---

1

Einleitung und Fragestellung

Die öffentliche Verschuldung gilt aus ökonomischer Sicht als ein ebenso bedeutsames wie problematisches Finanzierungsinstrument des Staates. Diese Einsicht speist sich nicht allein aus den Staatsschuldenkrisen eines Teils der Mitgliedsstaaten des Europäischen Währungsraums infolge der jüngsten Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009. Vielmehr handelt es sich bei diesen Krisen um ein historisch wiederkehrendes Phänomen, von dem auch andere Länder innerhalb und außerhalb Europas betroffen waren und sind.¹ Blickt man allein auf solche Krisen, übersieht man leicht, dass die Finanzierung des Staates mittels Schuldaufnahme etwas Alltägliches darstellt. Attraktiv ist die öffentliche Verschuldung nicht zuletzt deshalb, weil ihr Einsatz – wie schon Hansmeyer (1984: 56) feststellte – eine „Erweiterung des Staatskorridors“ erlaubt. Mit Hilfe der staatlichen Kreditaufnahme gelingt es den politisch Verantwortlichen, den Finanzierungsspielraum für öffentliche Ausgaben über das jeweils aktuelle Einnahmenniveau von Steuern und sonstigen Abgaben hinaus auszudehnen. Die Zins- und Tilgungsverpflichtungen, die mit staatlichen Schuldtiteln unweigerlich verbunden sind, sorgen allerdings auch dafür, dass auf Dauer – insbesondere wenn eine Prolongation der bestehenden Verschuldung nicht länger möglich ist – der Staatshaushalt nur aus entsprechenden Steuereinnahmen finanziert werden kann. Aus Sicht der Finanzwissenschaft zählt die Verschuldung daher auch nicht zu den „definitiven Einnahmen“ des Staates (Steuern, Sozialabgaben, Gebühren, Erwerbseinkünfte), sondern sie stellt vielmehr eine nicht-definitive Art der Staatsfinanzierung dar. In Anbetracht dessen kann die Staatsverschuldung auch als eine Form der zeitlich lediglich „aufgeschobenen Besteuerung“ aufgefasst werden.

Richtet man den Blick auf die Entwicklung der Schuldenstandsquoten für ausgewählte (Industrie-)Länder im Zeitraum von 1995 bis 2017, zeigt sich das in Tabelle 1 dargestellte Bild. Danach ist die überwiegende Zahl der Länder in den zurückliegenden mehr als 20 Jahren durch einen Anstieg der Schuldenstandsquote gekennzeichnet. Nur wenige Länder (z.B. Dänemark, Schweden) weisen diesbezüglich in 2017 einen geringeren Wert als 1995 auf. In Ländern wiederum wie Belgien oder den Niederlanden, in denen die Quote zwischenzeitlich gesunken war, ist sie in den vergangenen Jahren wieder angestiegen. Darüber hinaus weist etwas weniger als die Hälfte der Länder jeweils eine Schuldenstandsquote nahe 100 % oder deutlich darüber auf (Belgien, Frankreich, Griechenland, Italien, Japan, Portugal, Spanien, Vereinigte Staaten von Amerika).

¹ Siehe für eine historische Betrachtung entsprechender Finanz- und Schuldenkrisen die mehrere Jahrhunderte umfassende Untersuchungen von Reinhart und Rogoff (2010).

Mit dem vorliegenden Beitrag soll der Frage nachgegangen werden, wie sich die in den ausgewiesenen Daten widerspiegelnde Nutzung des staatlichen Verschuldungsinstruments ökonomisch erklären lässt. Zu diesem Zweck werden zunächst in knapper Form die bekannten finanzwissenschaftlichen Begründungen der öffentlichen Schuldaufnahme einschließlich der bestehenden politökonomischen Erklärungsversuche des zeitlichen Entwicklungsverlaufs der Staatsverschuldung dargestellt (Kapitel 2). Dieser Überblick bildet zugleich den Ausgangspunkt, um in einem weiteren Schritt danach zu fragen, welche zusätzlichen Erkenntnisse zum staatlichen Verschuldungsverhalten sich aus einer Berücksichtigung von psychologischen Überlegungen, wie sie sowohl im Rahmen der Steuer- und Finanzpsychologie als auch in neueren Ansätzen der Verhaltensökonomik formuliert werden, gewinnen lassen (Kapitel 3). Im Mittelpunkt stehen dabei das Phänomen der Schuldenillusion, seine verschiedenen Varianten, aber auch damit im Zusammenhang stehende Reizschwellen- und Reaktanz-Effekte, Wahrnehmungsverzerrungen sowie fehlende Lernprozesse auf Seiten der Bürger ebenso wie ein möglicher kognitiver Kontrollverlust bei den Regierungsakteuren. Daran anknüpfend werden abschließend einige finanzpolitische Schlussfolgerungen zur Begrenzung der öffentlichen Verschuldung abgeleitet (Kapitel 4).

Tabelle 1: Entwicklung der Schuldenstandsquoten ausgewählter Länder im Vergleich, 1995-2017 (Schuldenstand in Relation zum BIP in %)

Land	1995	2000	2005	2010	2015	2017
Belgien	131	109	95	99	106	103
Dänemark	71	52	37	43	40	36
Deutschland	54	59	67	81	71	64
Finnland	57	42	40	47	64	61
Frankreich	55	58	67	81	96	97
Griechenland	93	99	98	146	179	181
Italien	109	105	102	115	132	131
Japan	95	144	186	216	238	236
Kroatien	k.A.	33	39	53	87	78
Litauen	k.A.	24	18	36	43	37
Niederlande	76	54	52	59	65	57
Österreich	68	66	68	82	86	79
Portugal	58	48	61	96	129	126
Schweden	70	51	48	37	44	41
Schweiz	54	58	67	47	46	43
Slowenien	17	29	26	38	83	75
Spanien	63	58	42	60	100	99
Vereinigte Staaten	47	60	65	95	106	108
Vereinigtes Königreich	47	39	42	76	89	87

Quelle: International Monetary Fund (2018).

2

Staatsverschuldung aus finanzwissenschaftlicher Sicht – herkömmliche Ansätze im Überblick

Angesichts eines stetigen Wachstums des öffentlichen Schuldenstandes in den zurückliegenden Jahren und Jahrzehnten in fast allen Industriestaaten ist vor allem von Bedeutung, wie dieser Anstieg erklärt werden kann. Blickt man dabei auf die traditionellen ökonomischen Ansätze zur Staatsverschuldung, so war – folgt man Zimmermann (1999: 159) – „die finanzwissenschaftliche Schuldenlehre von ihren Anfängen bis heute von der Frage bewegt [...], ob Schuldaufnahme überhaupt zulässig sein soll“. Dies gilt insbesondere für die bis Mitte der 1970er Jahre entwickelten älteren Schuldentheorien. Der Kern dieser theoretischen Betrachtungen war überwiegend normativer Art im Sinne einer möglichen Rechtfertigung der öffentlichen Kreditaufnahme als – neben der Besteuerung – weiterer staatlicher Einnahmeart. Zu diesen älteren Ansätzen können sowohl die stabilitätspolitischen Begründungen (keynesianische Verschuldungslehre) als auch die auf intergenerative Lastverschiebungseffekte abstellenden Ansätze („pay-as-you-use“-Verschuldung, Aggregate Investment Approach etc.) gerechnet werden. Während bei der keynesianischen Verschuldungslehre bekanntermaßen die positiven Multiplikatoreffekte einer kreditfinanzierten Expansion der Staatsausgaben zum Zweck der Konjunkturstabilisierung im Mittelpunkt standen, geben die Lastverschiebungsansätze einen Hinweis darauf, wie mittels Staatsverschuldung die Finanzierungslast öffentlicher Infrastrukturausgaben auf gegenwärtig wie zukünftige Nutzer verteilt werden kann.

Die ab Mitte der 1970er Jahre entwickelten neueren Schuldentheorien lassen sich demgegenüber mit Stichworten wie der intergenerativen Wirkungsneutralität (sog. Barro-Äquivalenz-Theorem) oder auch der positiven Effizienzwirkung einer öffentlichen Kreditaufnahme („tax smoothing“-Ansatz, „Stellvertreter“-Theorie) beschreiben.² Die These von der Wirkungsneutralität der öffentlichen Verschuldung stammt von Barro (1974) und lautet im Kern wie folgt: Wenn eine verstärkte Kreditfinanzierung zu einer Belastung zukünftiger Generationen führt, werden weitsichtige Eltern, denen die zukünftigen Lasten der Staatsverschuldung bewusst sind, altruistisch motiviert die geplanten Erbschaften gerade so bemessen, dass es zu einem Einkommensausgleich zwischen den Generationen kommt. Unter Ökonomen wird diese Sichtweise jedoch mehrheitlich abgelehnt oder gilt zumindest als umstritten.³ Dies trifft nicht auf die Überlegungen zur positiven Effizienzwirkung der Staatsverschuldung zu. So kann die öffentliche Kreditaufnahme nach Barro (1979) zur Glät-

² Siehe für einen Überblick zu den finanzwissenschaftlichen Verschuldungstheorien etwa Hansmeyer (1984), Caesar (1991), Grüske (1995), Weizsäcker (1997), Wellisch (2000) oder auch Beck und Prinz (2011).

³ Siehe hierzu etwa Bernheim (1989).

tung der Besteuerung (tax smoothing) vor allem in Fällen eines sprunghaft ansteigenden und damit nicht vorhersehbaren Finanzierungsbedarfs des Staates genutzt werden, wie dies etwa für die Beseitigung von Schäden durch Naturkatastrophen oder historische Ausnahmesituationen wie die deutsche Wiedervereinigung zutrifft. Auf diese Weise kann mittels Verschuldung die mit jeder Steuererhöhung verbundene Zusatzlast möglichst gering gehalten werden. Im Rahmen der sog. Stellvertretertheorie wird wiederum darauf verwiesen, dass die hohe Kreditbonität des Staates zu Wohlfahrtssteigerungen genutzt werden kann, indem die öffentliche Hand sich stellvertretend für ärmere Bevölkerungsgruppen verschuldet und auf diese Weise den bestehenden Zinsvorteil – so etwa in Form von zinsgünstigen staatlichen Ausbildungskrediten – an jene Gruppe weitergibt. Trotz dieser unterschiedlichen Rechtfertigungsansätze staatlicher Schuldaufnahme wird in der finanzwissenschaftlichen Literatur jedoch einhellig die Meinung vertreten, dass – so auch schon Richter und Wiegard (1993: 383) – weder traditionelle noch neuere Schuldentheorien „mit einer überzeugenden Erklärung einer langfristigen Staatsverschuldung dienen“ können.

Dieser Einschätzung lag und liegt nach von Weizsäcker (1997: 137f.) die These zugrunde, dass „es vor allem politökonomische Faktoren [...] sind, die sich in repräsentativen Demokratien hinter den aufgetürmten Staatsschulden verbergen“. Damit wurde und wird bei der ökonomischen Analyse der Staatsverschuldung das Augenmerk nicht mehr vorrangig auf deren Wirkung, sondern auf das Entscheidungsverhalten der politisch relevanten Akteure (Politiker, Bürger) gerichtet. Es lassen sich dabei vor allem drei Ansätze einer politökonomischen Erklärung des staatlichen Verschuldungsverhaltens unterscheiden.⁴ So soll zum einen unter der Annahme einer ausgeprägten ideologischen Polarisierung innerhalb des vorhandenen Parteienspektrums die öffentliche Kreditaufnahme von einer (noch) amtierenden Regierung dazu eingesetzt werden, die budgetpolitischen Gestaltungsspielräume zukünftiger Regierungen und damit des politischen Gegners zu beschränken. Folgt man diesem als „strategic debt“ bezeichneten Ansatz, werden die mit der Staatsverschuldung verbundenen Kosten aufgrund des strategischen Interaktionsverhaltens zwischen Regierung und Opposition nur noch unvollständig internalisiert. Gleichzeitig besteht eine Tendenz, verschuldungsbedingte Handlungsbeschränkungen durch zusätzliche Kreditaufnahme zu kompensieren, so dass es zu einem Anstieg des Schuldenstands im Zeitverlauf kommt.

Zum anderen wird eine steigende Staatsverschuldung als ein Problem der politischen Konsensfindung in Mehrparteien-Koalitionen modelliert. Unter der Annahme einer großen Zahl an Koalitionspartnern sowie einer vergleichsweise

⁴ Siehe für einen Überblick zu den politökonomischen Theorien der Staatsverschuldung Hirte (1997), Persson und Tabellini (2000) oder auch Döring (2002). Siehe für den polit-ökonomischen Zusammenhang zwischen Staatsverschuldung und einem zeitinkonsistenten Verhalten von Regierungen auch Steidl und Wigger (2014).

kurzen Amtszeit einer jeweiligen Regierung gelten die Anreize für eine gemeinsame Politik des Schuldenabbaus als eher gering. Danach ist jeder Koalitionspartner daran interessiert, dem jeweils anderen die Anstrengung zur Budgetkonsolidierung zu überlassen, um im eigenen Zuständigkeitsbereich Einsparungen zu vermeiden. Aufgrund dieser Dilemma-Situation kommt es jedoch zu einer budgetpolitischen Blockade innerhalb der Koalitionsregierung, wobei bestehende Ausgabenüberhänge auch weiterhin unter Einsatz des Verschuldungsinstruments finanziert werden. Für beide Ansätze findet sich empirische Evidenz in einer Reihe von Untersuchungen: Danach fällt die Staatsverschuldung in den OECD-Ländern umso höher aus, je größer die Polarisierung der Parteien im Parlament, je kürzer die durchschnittliche Amtszeit einer Regierung, je wahrscheinlicher die Abwahl einer Regierung, je größer die Parteien-Polarisierung in einer Mehrparteien-Koalition und je größer die Zahl der Koalitionspartner in einer Regierung ist.⁵

Die beiden bislang genannten Ansätze enthalten jedoch noch keine umfassende Erklärung der öffentlichen Verschuldung, da sie allein auf das Verhalten von Politikern abstellen. Offen bleibt damit jedoch die Frage, warum in demokratisch verfassten Systemen ein solches Verhalten auch auf Zustimmung bei den Bürgern trifft bzw. von diesen nicht entsprechend sanktioniert wird. Eine politökonomische Begründung hierfür liefert der Verweis auf die Auflösung des *intertemporalen Verbundprinzips*, die sich – so Buchanan und Wagner (1977) – aus der mit der öffentlichen Verschuldung verbundenen Kostenillusion ergibt und die zu einer Interessensfusion zwischen Regierung und Bürgern führt.⁶ Um ihre bisherige Machtposition abzusichern, neigen dann amtierende Regierungen zu einer Strategie der Ausweitung merklicher Ausgaben („concentrated benefits“) bei zugleich unmerklicher Finanzierung („diffused costs“). Auf Seiten der Bürger werden nur die Vorteile zusätzlicher Ausgaben, nicht jedoch die damit auf lange Sicht verbundenen Finanzierungslasten wahrgenommen, so dass der Wähler folglich einer sog. *Schuldenillusion* unterliegt.

Der in Abbildung 1 dargestellte Fall einer Schuldenillusion kann dabei wie folgt erläutert werden: Wären die Bürger vollständig über das staatliche Leistungsangebot und die damit verbundene Finanzierungsbelastung informiert, käme es zu einer Bereitstellung jener Menge an öffentlichen Gütern ($QÖ_1$) unter Aufwendung der hierfür erforderlichen Staatsausgaben und deren Finanzierung in Form eines entsprechenden „Steuerpreises“ (SP_1), bei der Grenznutzen (GU) und die effektiv anfallenden Grenzkosten (GK_1) identisch sind. Dies setzt jedoch eine Finanzierung staatlicher Leistungen voraus, die mit einer hohen subjektiven Merklichkeit verbunden ist. Erfolgt die Finanzierung des

⁵ Siehe für diese Ergebnisse die empirischen Studien von Roubini und Sachs (1989), Grilli et al. (1991), Alt und Lowry (1992), Alesina et al. (1993), Poterba (1994), Alesina et al. (1996) sowie Alesina und Perotti (1996).

⁶ Siehe hierzu auch Tollison und Wagner (1980) sowie – zusammenfassend – Grüske (1995).

öffentlichen Leistungsangebots jedoch in unmerklicher Form, wie dies für die Kreditfinanzierung des Staates gilt, kann es zu einer „fehlerhaften“ Abwägung von Grenznutzen und Grenzkosten des öffentlichen Güterangebots kommen. Aufgrund einer verzerrten Wahrnehmung der Finanzierungsbelastung, die mit der staatlichen Schuldaufnahme einhergeht, werden anstelle der tatsächlichen Grenzkosten (GK_1) lediglich Grenzkosten im Umfang von GK_2 seitens der Bürger bei der Nachfrage nach staatlichen Leistungen berücksichtigt. Der Effekt der Schuldenillusion drückt sich in einem als niedriger empfundenen Steuerpreis (SP_2) aus und führt dazu, dass im Unterschied zur effizienten Angebotsmenge $QÖ_1$ eine suboptimale (hier: größere) Menge an öffentlichen Gütern ($QÖ_2$) nachgefragt und entsprechend bereitgestellt wird.

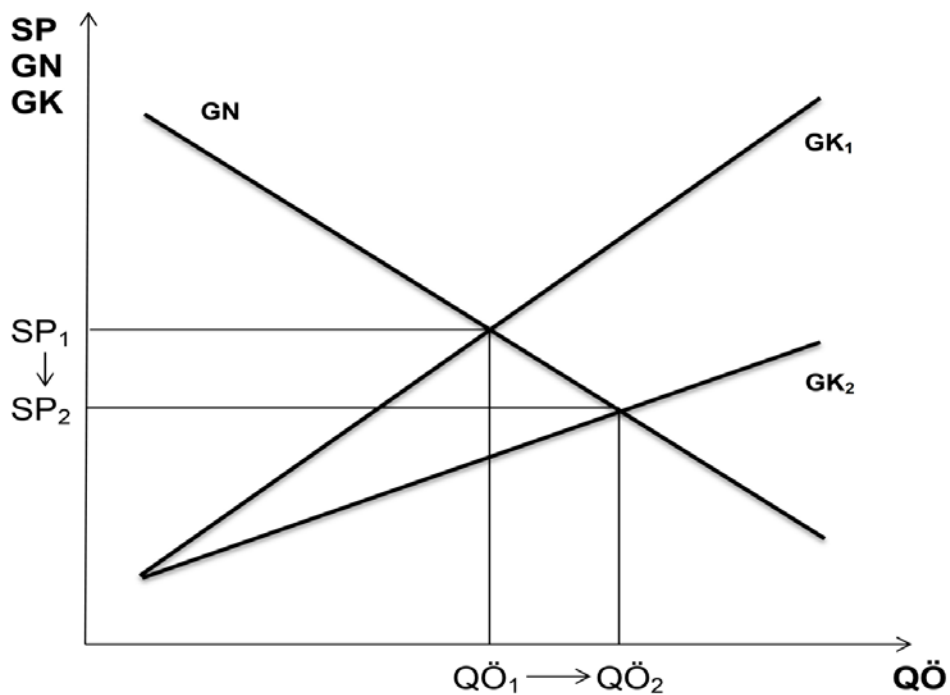


Abbildung 1: Schuldenillusion als subjektive Fehlwahrnehmung der Finanzierungsbelastung (Kosten) öffentlicher Leistungen

Quelle: eigene Darstellung.

3 Staatsverschuldung aus Sicht der (Finanz-)Psychologie

Auf die im Zusammenhang mit der Schuldenillusion angesprochene Bedeutung der „Merklichkeit“ staatlicher Finanzierungsinstrumente als Bestimmungsfaktor des subjektiv empfundenen Belastungsgefühls hat schon früh Schmolders (1970: 59ff.) als der wohl bekannteste Vertreter der Finanz- und Steuerpsychologie im deutschsprachigen Raum und zugleich Begründer der „Kölner Schule der Finanzpsychologie“ hingewiesen. Die Verknüpfung von psychologischen und finanzwissenschaftlichen Erkenntnissen hat dabei unter anderen in Schmolders (1960) Werk über „Das Irrationale in der öffentlichen Finanzwirtschaft“ ihren Niederschlag gefunden. Maßgeblich angestoßen und geprägt wurden die Untersuchungen von Schmolders zum einen durch die frühe Arbeit von Puviani (1960), der den (allgemeineren) Begriff der „Fiskalillusion“ zur Kennzeichnung eines bedeutsamen psychologischen Effekts bereits zu Beginn des letzten Jahrhunderts in die Finanzwissenschaft eingeführt hat.⁷ Zum anderen dürften aber auch solche Überlegungen für Schmolders finanzpsychologische Studien von Bedeutung gewesen sein, wie etwa jene von Szende (1932) oder auch Schorer (1947), die vor allem für den Bereich der Besteuerung auf die Notwendigkeit einer psychologischen Fundierung finanzwissenschaftlicher Theorien hingewiesen haben.

Innerhalb der Finanzwissenschaft wurde diesen frühen Untersuchungen von Schmolders jedoch über Jahrzehnte keine besondere Beachtung geschenkt. Erst in dem Maße, wie verhaltensökonomische Analysen in der jüngeren Vergangenheit verstärkt das ökonomische Denken und auf diese Weise auch die Finanzwissenschaft beeinflusst haben, wird auch (finanz-)psychologischen Überlegungen bei Wirkungsanalysen im Bereich der öffentlichen Finanzen (wieder) eine größerer Aufmerksamkeit beigemessen.⁸ Anders als die Steuerpsychologie, die mittlerweile durch eine Vielzahl an Untersuchungen gekennzeichnet ist, stellen Beiträge zur Psychologie der öffentlichen Verschuldung – wenn überhaupt – nach wie vor die Ausnahme dar. Dies mag insofern überraschen, wie mit Blick auf das Verschuldungsverhalten von privaten Haushalten eine Vielzahl psychologischer Untersuchungen vorliegt.⁹ Privates Verschuldungsverhalten gilt dabei als ein Unterfall intertemporalen Entscheidungsverhaltens, dessen Ergebnisse erheblich von dem abweichen, was ge-

⁷ Siehe ebenso Engelhardt et al. (1994). Siehe zu Stand und Entwicklung der Finanzpsychologie bis in die 1990er Jahre zudem die verschiedenen Beiträge in Smekal und Theurl (1994).

⁸ Siehe für eine umfassende Darstellung der Berücksichtigung von (finanz-)psychologischen Erkenntnissen innerhalb der Finanzwissenschaft etwa Döring (2015). Siehe für einen Überblick auch Congdon et al. (2011) ebenso wie Mullainathan et al. (2012) oder Bernheim und Rangel (2007).

⁹ Siehe für entsprechende Untersuchungen stellvertretend Lea et al. (1993), Lea (1999), Stone und Maury (2006), oder auch Ranyard et al. (2006).

mäß dem ökonomischen Modell rationalen Verhaltens zu erwarten wäre.¹⁰ Ein vergleichbares psychologisches Interesse am (kollektiven) Verschuldungsverhalten öffentlicher Haushalte ist demgegenüber bislang nicht zu erkennen, so dass mit den nachfolgenden Ausführungen zumindest in Teilen auch finanzwissenschaftliches Neuland betreten wird.

3.1

Reaktanz, fehlende Lernprozesse und der Einfluss der Steuermoral

Je stärker die mit einem staatlichen Finanzierungsinstrument verbundene finanzielle Belastung bewusst wahrgenommen wird (Merklichkeit), umso ausgeprägter fällt in Anlehnung an die *psychologische Reaktanztheorie* der daraus resultierende „Strafanreiz“ aus, auf den die betroffenen Akteure wiederum mit Vermeidung des Anreizes reagieren. In ihrer ursprünglichen Form diente die Reaktanztheorie dazu, Verhaltensweisen in Hinsicht auf einen subjektiv erfahrenen Freiheitsverlust zu erklären. Unter einem Verlust an Freiheit ist dabei zu verstehen, dass bislang vorhandene Wahlmöglichkeiten oder Entscheidungsalternativen (unerwartet) nicht mehr zur Verfügung stehen. Reaktanz wird dann als Reaktion auf diese Beschränkungen verstanden und stellt den Versuch dar, die Einschränkung von Handlungsspielräumen zu revidieren.¹¹ In einer Erweiterung lässt sich darunter anstelle des Verlusts an Wahlfreiheit auch die Einbuße an monetären Ressourcen verstehen. Im Fall einer bewusst wahrgenommenen Steuer wie der Einkommensteuer kann Reaktanz sowohl zu legaler Steuerausweichung (z.B. durch Verlagerung der Steuerbemessungsgrundlage ins Ausland) als auch zu illegaler Steuervermeidung (etwa in Form von Steuerhinterziehung) führen. Verstärkt wird die Wirkung dieses Strafanreizes und der damit verbundenen Reaktanz durch die sog. *Verlustaversion*, auf die Kahneman und Tversky (1979) in ihrer „prospect theory“ hingewiesen haben. Danach werden von den untersuchten Akteuren regelmäßig mögliche Verluste annähernd doppelt so hoch gewichtet wie etwaige Gewinne in der (monetär) gleichen Größenordnung.¹²

¹⁰ So stellt auch The British Psychological Society (2015: 3) in einem Positionspapier zum privaten Verschuldungsverhalten fest: „In terms of fundamental theory, debt is one variety of inter-temporal choice, that is to say, the person deciding whether or not to take a loan is choosing between outcomes that will be delivered at different points in time. This is the area of choice where observed human behavior deviates most dramatically from the predictions of the kind of theory that dominated economics in the 20th century. [...] Unsurprisingly, therefore, this is one of the areas where more modern, interdisciplinary, empirically driven approaches, whether under the name of economic psychology, behavioural economics, or experimental economics, have been most successful in presenting an alternative account of economic behavior“.

¹¹ Siehe grundlegend zur Reaktanztheorie Grabitz-Gniesch und Grabitz (1973), Wortmann und Brehm (1975) sowie Snyder und Wicklund (1976). Für eine zusammenfassende Darstellung der Reaktanztheorie siehe zudem Pelzmann (2012: 41ff.) oder auch Wiswede (2012: 89ff.).

¹² Siehe hierzu auch Kahneman und Tversky (1984) ebenso wie Kahneman und Tversky (1992).

Vor diesem Hintergrund lassen sich die verschiedenen staatlichen Einnahmearten aus Sicht der (Finanz-)Psychologie nach dem *Grad ihrer Merklichkeit* und dem damit einhergehenden Reaktanzpotenzial sortieren. Während danach Merklichkeit und Reaktanz bei direkten Steuern als vergleichsweise hoch einzustufen sind, gilt beides im Fall von indirekten Steuern (Umsatzsteuer, spezielle Verbrauchsteuern) als vergleichsweise gering, da hier der jeweilige Steuerbetrag ein Preisbestandteil ist, der von den Steuerpflichtigen im Alltag nur bedingt als ursächlich für die Höhe der Güterpreise angesehen wird. Unter dieser Perspektive bildet die öffentliche Verschuldung die unmerklichste der unterschiedlichen Einnahmearten des Staates, d.h. sie führt im Regelfall zu keiner unmittelbaren Widerstandsreaktion bei den Bürgern. Dies impliziert zwar nicht, dass es – vergleichbar dem Steuerwiderstand – keinerlei „Schuldenwiderstand“ gibt. Da jedoch der Erwerb staatlicher Schuldtitel – sieht man von staatlichen Zwangsanleihen ab – marktvermittelt erfolgt und damit eine freiwillige Entscheidung der Käufer darstellt, besteht unmittelbar keinerlei Anreiz für ein reaktantes Verhalten. Staatliche Kreditaufnahme ist in dieser Hinsicht noch am ehesten mit öffentlichen Gebühren und Beiträgen zu vergleichen, die gemäß dem ökonomischen Äquivalenzprinzip durch ein Verhältnis von Leistung und Gegenleistung gekennzeichnet sind. Anders als bei Gebühren und Beiträgen entsteht durch den Verkauf staatlicher Schuldtitel aber eine zukünftige Belastung in Form der bereits angesprochenen „aufgeschobenen Besteuerung“, die im Augenblick der Schuldaufnahme jedoch (noch) nicht spürbar ist. Ein dem Steuerwiderstand vergleichbarer Schuldenwiderstand kann sich allerdings dann einstellen, wenn die *psychologischen Grenzen* einer öffentlichen Kreditaufnahme erreicht sind. Nach Gandenderger (1980: 9) ist dies dann der Fall, wenn die allgemeine Überzeugung herrscht, dass die Staatsverschuldung sich in einer Größenordnung bewegt, die „den geordneten Fortbestand [des] Gemeinwesens gefährden könnte“.¹³ In einer solchen Situation sinkt die private Bereitschaft zum Kauf weiterer staatlicher Schuldtitel drastisch und nähert sich dem Wert von Null.

Sieht man von dem zuletzt genannten Extremfall ab, hat eine Schuldenillusion und die damit verknüpfte Fehlwahrnehmung der Kosten öffentlicher Leistungen aus psychologischer Sicht so lange Bestand, so lange die Bürger glauben, dass eine Steuerfinanzierung für sie die gegenüber der Kreditfinanzierung staatlicher Mehrausgaben „teurere“ Lösung darstellt.¹⁴ Für eine (dauerhaft) wirksame Schuldenillusion wird dabei von der Annahme ausgegangen, dass etwaige *Lernprozesse* über die ökonomischen Wirkungen der öffentlichen Verschuldung und damit verbundene Verschiebungen in der Einstellung der Bürger zur staatlichen Kreditaufnahme nicht stattfinden. Auf diesen Punkt hat wiederum bereits Gandenderger (1984: 7) mit der Feststellung hingewiesen,

¹³ Siehe zum „Schuldenwiderstand“ und den psychologischen Grenzen der Staatsverschuldung auch Stalder (1992: 108ff.).

¹⁴ Siehe hierzu Abrams und Dougan (1986: 104) oder auch Leineweber (1988: 171).

dass „the illusion hypothesis [...] implies the absence of learning“. Umgekehrt bedeutet dies aber auch, dass politische Probleme wie eine zu hohe Staatsverschuldung nur dann die Einstellung der Bürger beeinflussen, wenn sie von diesen wahrgenommen und als bedeutsam empfunden werden. Damit gewinnen jenseits der objektiven Gegebenheiten die subjektiven Erwartungen und Beurteilungen der jeweiligen Handlungssituation eine nicht unerhebliche Bedeutung. So stellt auch Stalder (1992: 94) mit Blick auf Einstellung und Verhalten der Bürger in ihrer Rolle als Wähler fest: „Ausschlaggebend ist jedoch nicht der objektive Sachverhalt, sondern die individuelle, subjektive Wahrnehmung der persönlichen Situation, die durch politische Grundeinstellungen sowie gruppenspezifische Einflüsse geprägt wird“. Steigt für den Bürger das Bewusstsein, dass die Konsequenzen einer heute hohen Staatsverschuldung nicht erst in ferner Zukunft, sondern schon in der Gegenwart auftreten und sie somit bereits heute – wie etwa mit Blick auf die laufenden Zinszahlungen und deren (Steuer-)Finanzierung – betroffen sind, dürfte dieses Wissen die Bereitschaft zu einer stärkeren Kontrolle des Verschuldungsverhaltens regierender Politiker erhöhen.

Um über die Wirkung der Staatsverschuldung hinreichend informiert zu sein, bedarf es nach Stalder (1992: 100) jedoch eines entsprechenden Wissens „über die Art und Höhe künftiger Belastungen und inwieweit und zu welchem Zeitpunkt sie sich in Steuererhöhungen oder in Ausgabenkürzungen niederschlagen“. Dies erfordert eine aufwendige Suche nach und Auswertung von Informationen, so dass der Bürger – unabhängig von seinen kognitiven Fähigkeiten – unter Abwägung der damit verbundenen Vor- und Nachteile nicht selten den Zustand geringer Information vorzieht. Die Schuldenillusion wäre danach das Ergebnis einer „rationalen Ignoranz“ der Bürger. Wenn diese Annahme zutreffend wäre, dann müsste allerdings die Einstellung der Bürger zur Staatsverschuldung über die Zeit mehr oder weniger konstant sein. Folgt man Döring (2002: 156ff.) zeigen jedoch repräsentative Umfrageergebnisse für Deutschland für die Jahre 1970 bis 1997, dass die Einstellung der Bürger zur öffentlichen Kreditaufnahme über die Zeit erheblich schwankt. Danach erreicht die Forderung nach einem Abbau der Staatsverschuldung unter den Befragten eine durchschnittliche Zustimmung, die zwischen niedrigen 39-41 Prozent (1970/1990) und hohen 66-70 Prozent (1981/1997) variiert. Die Auswertung der Befragungsergebnisse für Deutschland zeigt allerdings auch, dass parallel zur Ablehnung der Staatsverschuldung ebenso Steuererhöhungen und Ausgabenkürzungen negativ beurteilt werden. Eine solche Inkonsistenz im Meinungsbild spricht jedoch nur bedingt für eine Aufhebung der Schuldenillusion. Ähnliche Untersuchungsergebnisse liegen auch für die USA vor. So kommt Oates (1988: 78) zwar in seiner Meta-Auswertung empirischer Studien zu verschiedenen Formen der Fiskalillusion (und damit auch zur Schuldenillusion) zu dem Ergebnis, dass „although all [...] cases entail plausible illusion hypotheses, none of them has very compelling empirical support“.

Demgegenüber weisen Tabellini und Alesina (1990: 37) darauf hin, dass Umfrageergebnisse für die USA jene auch für Deutschland feststellbare Inkonsistenz aufweisen, d.h. ein von den Bürgern mehrheitlich befürworteter Abbau der öffentlichen Verschuldung geht einher mit einer ebenso mehrheitlich ablehnenden Haltung gegenüber staatlichen Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen. Folgt man Weltring (1997: 218f.), können diese Ergebnisse jedoch als Indiz für eine anhaltende Schuldenillusion interpretiert werden.

Aus (finanz-)psychologischer Sicht gibt es jenseits von geringer Reaktanz und fehlenden Lernprozessen noch einen weiteren Bestimmungsfaktor, der mit der unterschiedlichen Höhe der Staatsverschuldung in einzelnen Ländern eng korreliert ist. Es handelt sich dabei um die Ausprägung der *Steuermoral* der Bürger, die zwischen Ländern erheblich variieren kann. Unter Steuermentalität ist dabei – folgt man Schmolders (1960: 101) – „die allgemeine Einstellung der Steuerpflichtigen zur Erfüllung oder Nichterfüllung ihrer steuerlichen Pflichten“ zu verstehen. Befragungen von Steuerpflichtigen ebenso wie Laborexperimente zeigen, dass die Steuermentalität umso positiver ausfällt, je höher die wahrgenommene Steuerfairness und je positiver damit die subjektive Einstellung zur Steuer bzw. dem Steuersystem insgesamt ist.¹⁵ Die so wahrgenommene Fairness trägt mit dazu bei, dass die Erhebung von Steuern als gerechtfertigt empfunden wird und der Steuerzahler sich mit dem Staat identifizieren kann. Loyalität und emotionale Bindung an den Staat werden auf diese Weise gefördert und tragen unter anderen dazu bei, dass die Steuerpflichtigen in finanziellen Krisenzeiten bereit sind, für notwendige zusätzliche öffentliche Ausgaben anstelle einer Kreditfinanzierung entsprechende Steuererhöhungen in Kauf zu nehmen. Feld und Frey (2007: 115f.) sprechen in diesem Zusammenhang auch von einem „psychologischen Steuervertrag“ zwischen Staat und Steuerzahlern.

Historisch betrachtet zeigen sich hierbei überraschend persistente Muster des Zusammenhangs zwischen Steuermentalität und Staatsvertrauen einerseits und dem staatlichen Verschuldungsverhalten andererseits, wie eine Auswertung international vergleichender Länderstudien für Europa zeigt.¹⁶ Während Län-

¹⁵ Siehe etwa Cowell (1992) oder auch Robben et al. (1991). Entsprechend stellt auch Falk (2001: 303) fest: „Fairnessfragen spielen auch für das Steueraufkommen eine herausragende Rolle, da [...] die Steuermentalität entscheidend davon beeinflusst wird, wie fair das bestehende Steuersystem wahrgenommen wird“. Siehe zu den Bestimmungsfaktoren der Steuermentalität auch Torgler (2003) sowie Torgler (2004).

¹⁶ Unter Bezug auf Untersuchungen wie die von Schmolders und Strümpel (1968) oder auch jene von Tretter (1974) sowie den Erfahrungen aus der jüngsten Finanz- und Schuldenkrise in Europa stellt Zimmermann (2015: 34) fest: „Historically, it has been found that countries in which the relationship between the government and its citizens is good are able to finance themselves during difficult times comparatively well through taxes, whereas weaker or more authoritarian states have to resort to debt financing“. Und bezogen auf die zeitliche Stabilität dieses Zusammenhangs wird zudem angemerkt, „that tax mentality and the concomitant borrowing habits are long-lasting attitudes that only change over a very long time period“.

der wie die Schweiz, Deutschland, Österreich, die Niederlande oder auch die skandinavischen Länder vor diesem Hintergrund durch eine vergleichsweise solide Haushaltspolitik gekennzeichnet sind, trifft das Gegenteil auf Länder wie Spanien, Frankreich, Belgien, Portugal, Italien oder auch Griechenland zu, die sich durch eine eher geringe Steuermoral bei einer zugleich stärkeren staatlichen Verschuldungsneigung auszeichnen. Dieses Ergebnis bedeutet allerdings nicht, dass innerhalb der erstgenannten Gruppe von Ländern das Phänomen der Schuldenillusion nicht auftritt, da auch in diesen Ländern öffentliche Ausgaben mittels staatlicher Kreditaufnahme finanziert wurden und werden, wenngleich in einem deutlich geringeren Umfang.

3.2

Varianten von Schuldenillusion und kognitive Beschränkung der Bürger

Schuldenillusion ist nicht gleich Schuldenillusion. In Abhängigkeit von deren psychologischen Ursachen kann vielmehr zwischen *verschiedene Ausprägungsformen* differenziert werden. So hat diesbezüglich schon früh Ricardo (1921) darauf verwiesen, dass die Bürger dazu neigen, die mit der öffentlichen Kreditaufnahme verbundene Verpflichtung, zukünftig Zins- und Tilgungssteuern entrichten zu müssen, nicht oder nur unzureichend wahrzunehmen. Diese Art von Schuldenillusion wird auch als „Ricardo-Illusion“ bezeichnet.¹⁷ Anders als bei der Steuerfinanzierung halten sich danach die Bürger im Fall der Schuldaufnahme für reicher als sie es in Wirklichkeit sind, weil sie sich nicht vor Augen führen, dass die zu einem späteren Zeitpunkt anfallenden Zins- und Tilgungssteuerbelastungen zu einer Reduzierung ihres zukünftigen Einkommens führen werden. Abweichend von einem rationalen Entscheidungsverhalten wird folglich versäumt, die für die Zukunft zu erwartenden Einkommenseinbußen entsprechend auf die Gegenwart abzudiskontieren, um die Entscheidung zugunsten einer Schuldenfinanzierung einer umfassenden Nutzen-Kosten-Abwägung zu unterziehen.

Aus psychologischer Sicht ließe sich dieses Verhalten dahingehend interpretieren, dass die Bürger die gegenwärtigen Vorteile der Staatsverschuldung in Form einer geringeren Steuerbelastung und ihre zukünftigen Nachteile in Gestalt späterer Zins- und Tilgungsbelastungen in unterschiedlichen „mentalenen Konten“ verbuchen und damit nicht unmittelbar zueinander in Beziehung setzen. Auf diese Art der „mentalenen Buchführung“ hat schon Thaler (1985) hingewiesen, wenngleich dies im Zusammenhang mit seinen Untersuchungen zum Konsumverhalten privater Haushalte erfolgt ist. Dieses kognitive Phänomen lässt sich jedoch insofern auf den Umgang der Bürger mit der öffentlichen Verschuldung übertragen, als sich darin die allgemeine menschliche Nei-

¹⁷ Siehe zu den verschiedenen Varianten von Schuldenillusion in Abhängigkeit von den zugrundeliegenden psychologischen Effekten auch Stalder (1992: 97ff.).

gung spiegelt, kognitive Probleme portionsweise zu bewältigen, auch wenn dies einem rationalen Verhalten widerspricht.¹⁸

Auf dieses Phänomen hat bereits Ricardo (1921: 248) hingewiesen: Danach sei die Finanzierung durch Staatsverschuldung „ein System, das uns weniger haushälterisch zu machen, uns für unsere tatsächliche Lage blind zu machen strebt“. Ähnlich argumentierte auch schon Puviani (1960), für den die Schuldenillusion der Bürger allerdings nicht nur darin besteht, dass diese es versäumen, den Barwert zukünftiger Zins- und Tilgungssteuern zu betrachten. Vielmehr gelte es zusätzlich zu berücksichtigen, dass im Unterschied zu einer Steuerfinanzierung, die mit einem Verzicht auf Einkommen und Vermögen verbunden ist, mit einer Schuldenfinanzierung ein Gewinn im Sinne wachsender Vermögensstiel bei den Gläubigern der öffentlichen Verschuldung einhergeht. Zwar sei sich der Bürger durchaus bewusst, dass dem gegenwärtigen Vermögenszuwachs in der Zukunft ein vollständiger Tilgungs- und Zinsanspruch gegenübersteht. Dennoch werde die Kontrolle über höhere Vermögensbestände einer Besteuerung vorgezogen, d.h. die Bürger unterliegen einer Vermögensillusion. Dieser Sachverhalt wird auch als „Puviani-Illusion“ bezeichnet. Aus psychologischer Sicht wird diese Variante von Schuldenillusion sowohl durch den sog. Besitzstandseffekt (endowment effect) als auch die bereits erwähnte Verlustaversion begünstigt. Beim Besitzstandseffekt wird Dingen, die sich bereits im eigenen Besitz befinden, subjektiv ein zu hoher Wert beigemessen. Im Fall der Verschuldung führt dies zu einer asymmetrischen Bewertung gegenwärtiger Vermögenszugewinne im Verhältnis zu damit verbundenen zukünftigen Finanzierungslasten. In der Summe sorgen Besitzstandseffekt und Verlustaversion für einen Verhaltens-Bias in Richtung einer Schuldenfinanzierung öffentlicher Leistungen.

Beiden Ausprägungsformen von Schuldenillusion gemeinsam ist, dass diese aufgrund kognitiver Beschränkungen als falsche Wahrnehmung eines bestimmten Sachverhaltens interpretiert werden. Diese Fehlwahrnehmung erstreckt sich auf die Belastung aus öffentlichen Krediten ebenso wie den Nutzen damit finanzierter öffentlicher Ausgaben. Dabei ist entscheidend, dass dieses Wahrnehmungsdefizit systematischer Natur ist, d.h. es tritt bei mehr oder weniger allen Bürgern in gleicher Weise auf und führt – folgt man Buchanan und Wagner (1977: 129) – dazu, dass die tatsächliche fiskalische Belastung der Staatsverschuldung zumindest für einen längeren Zeitraum unterschätzt wird. Die darin zum Ausdruck kommende Divergenz zwischen tatsäch-

¹⁸ Ein Alltagsbeispiel für mentale Buchführung liefern auch die Ergebnisse der bekannten Untersuchungen zum Verhalten von Taxifahrern in New York City von Camerer et al. (1997) sowie Farber (2005), die der Annahme eines unter dem Ziel der Nutzenmaximierung erfolgenden rationalen Verhaltens widersprechen: Sobald die Taxifahrer an einem Arbeitstag ihr selbst gesetztes Einkommensziel erreicht hatten, machten sie Feierabend, selbst wenn diese Entscheidung in eine Phase hoher Nachfrage fiel und insofern eine weitere Steigerung des Einkommens problemlos möglich gewesen wäre.

licher und gefühlter Last der öffentlichen Verschuldung verweist auf ein Wahrnehmungsproblem, wie dies aus (finanz-)psychologischer Sicht bereits aus dem Zusammenhang von (tatsächlicher) inflationsbedingter Geldentwertung und dem Phänomen der Geldillusion bekannt ist.¹⁹ Überträgt man die aus Untersuchungen zur subjektiven Antizipation von Inflationslasten gewonnenen Erkenntnisse auf die Staatsverschuldung, würde sich das in Abbildung 2 dargestellte individuelle Wahrnehmungsmuster ergeben.

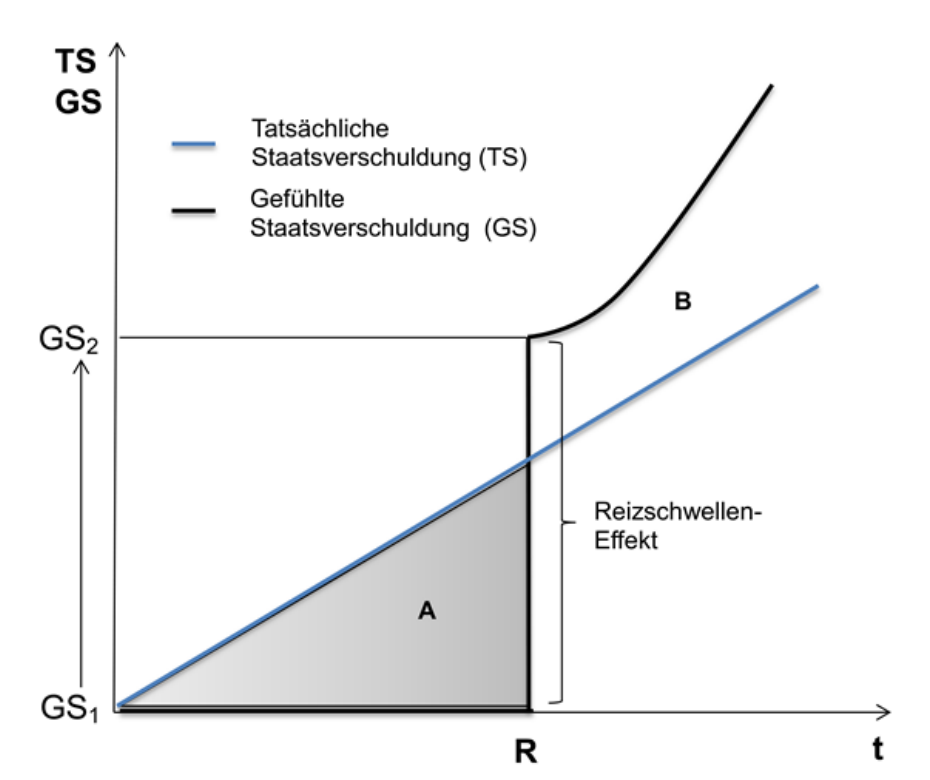


Abbildung 2: Tatsächliche Schuldenlast, gefühlte Schuldenlast, Reizschwelleneffekt und Schuldenillusion

Quelle: eigene Darstellung.

Danach ist eine weitgehend vollständige Antizipation zukünftiger Finanzierungslasten, die sich aus einer permanenten öffentlichen Kreditaufnahme ergeben, nicht ausgeschlossen. Unter Bezug auf das „Weber-Fechnersche Grundgesetz von der Reizschwelle“, auf das Schmolders (1966: 145) bereits in seiner frühen Untersuchung zum „Geldwertbewusstsein“ verwiesen hat, ist jedoch nicht davon auszugehen, dass tatsächliche (statistisch gemessene)

¹⁹ Siehe für eine zusammenfassende Darstellung von Untersuchungen zum Verhältnis von tatsächlicher und gefühlter Geldentwertung Döring (2015: 299ff.) mit weiteren Literaturverweisen.

Staatsverschuldung (TS) und subjektiv wahrgenommene (gefühlte) Staatsverschuldung (GS) einschließlich der daraus in Zukunft resultierenden Zahlungslasten deckungsgleich sind. Vielmehr können beide mehr oder weniger stark auseinanderfallen. Bleibt die tatsächliche Verschuldung weitgehend un bemerkt, kommt es zum psychologischen Effekt der Schuldenillusion, dessen Ausmaß im Verhältnis zur tatsächlichen öffentlichen Kreditaufnahme durch die grau unterlegte Fläche A dargestellt wird. In diesem Fall bleibt trotz des effektiven Anstiegs der akkumulierten öffentlichen Kreditsumme das gefühlte Ausmaß an Staatsverschuldung (GS_1) im Zeitverlauf konstant niedrig. Erst wenn die tatsächliche Verschuldung eine bestimmte Reizschwelle (R) übersteigt, kann es zu einer sprunghaften Veränderung der gefühlten Schuldenlast kommen (Anstieg von GS_1 auf GS_2), die nun überproportional stark ansteigt und im Extremfall in eine panikartige Staatsschuldenkrise übergehen kann, deren Ausmaß graphisch durch die weiß unterlegte Fläche B abgebildet wird.

Ursächlich für das Auslösen des Reizschwelleneffekts können dabei Ereignisse wie etwa eine vermehrte (kritische) Medienberichterstattung zur öffentlichen Kreditaufnahme, eine ausgeprägt (negative) Reaktionen des Kapitalmarkts auf das erreichte Niveau der Staatsverschuldung oder auch eine parteipolitische Instrumentalisierung des Themas aus wahltaktischen Gründen sein. In Politik und Öffentlichkeit kann dies eine grundlegend veränderte Einstellung bewirken, die haushaltspolitisch – wie etwa jüngst in Deutschland auf Bundesebene – zu einer Politik der „Null-Verschuldung“ führt, unter deren Zielsetzung selbst finanzwissenschaftlich gerechtfertigte Anlässe für eine Kreditfinanzierung (siehe Kapitel 2.) nicht mehr oder nur noch marginal berücksichtigt werden.

3.3

Schuldenillusion und Kontrollverlust der politischen Akteure

Neben subjektiven Verzerrungen in der Wahrnehmung der Staatsverschuldung auf Seiten der Bürger lassen sich noch weitere psychologische Faktoren benennen, die auf einen „Kontrollverlust“ der politisch verantwortlichen Akteure im Zusammenhang mit der öffentlichen Kreditaufnahme verweisen. Hierzu zählt zum einen der Effekt, dass aufgrund von Gewohnheit oder auch Tradition ein früheres Regierungsverhalten das gegenwärtige Entscheidungsverhalten negativ beeinflussen kann. Übertragen auf die Staatsverschuldung bedeutet dies, dass ein (erfolgreicher) Einsatz von öffentlichen Krediten zur Überwindung von Finanzierungsengpässen des Staatshaushalts in der Vergangenheit zu der leichtfertigen Kontrollüberzeugung führen kann, auch zukünftig dieses Finanzierungsinstrument bedenkenlos einsetzen zu können. Dörner (2011: 259) bezeichnet ein solches Entscheidungsverhalten allgemein als „Methodismus“. Es tritt immer dann auf, wenn man sich ein spezifisches Denkschema aneignet und anschließend der Meinung ist, „aus diesem Grunde allen auftretenden Problemen gerecht werden zu können. Gerade wenn diese

Methoden sich tatsächlich eine Zeit lang bewähren, kann es zu einer Überschätzung der Wirksamkeit kommen“ (ebenda).

Eine solche Überschätzung auf Seiten der politischen Akteure findet sich häufig mit Blick auf die gesamtwirtschaftlichen Wirkungen der öffentlichen Verschuldung. So stellt etwa Wiswede (2012: 182) diesbezüglich fest: „Ein solcher Kontrollverlust mag [...] auftreten, wenn wir das Verhalten kollektiver Akteure im Rahmen der Staatsverschuldung betrachten. Auch hier bestehen seitens der Politiker [...] vielfach leichtfertige Kontrollüberzeugungen – u.U. also eine Kontroll-Illusion –, durch die Kreditaufnahme wirtschaftliche Entwicklungen in Gang setzen zu können oder anderweitige Problemlagen durch Verschuldung zu beseitigen“. Ein prominentes Beispiel für eine dergestalt überzogene Erwartung an die Wirkungsweise öffentlicher Verschuldung liefert Japan, wo mittels kreditfinanzierter staatlicher Mehrausgaben eine seit Jahren anhaltende wirtschaftliche Stagnationsphase überwunden werden sollte. Während jedoch der wirtschaftliche Erfolg dieser seit den 1990er Jahren betriebenen expansiven Fiskalpolitik des permanenten Deficit-Spending sich über lange Jahre nicht einstellen wollte, erreichte die japanische Schuldenstandsquote immer neue Rekordstände. Erst in den zurückliegenden drei Jahren scheint sich die lange erhoffte wirtschaftliche Wende in Form steigender Wachstumsraten bei zugleich erhöhter Inflationsrate abzuzeichnen.²⁰

Verstärkung dürfte eine solche Überschätzung des gesamtwirtschaftlichen Effekts der öffentlichen Verschuldung zudem aufgrund von ohnehin allgemein wirksamen Wahrnehmungsverzerrungen erfahren. Dazu zählt aus psychologischer Sicht nicht allein, dass Akteure generell zu einem übersteigerten Selbstvertrauen in ihr eigenes Können und Wissen neigen (overconfidence bias). Vielmehr dürfte auch die selektive Interpretation von Informationen gemäß einer bereits bestehenden Entscheidungsdisposition (self-serving bias) eine solche Überschätzung der finanzpolitischen Wirksamkeit staatlicher Verschuldung begünstigen. Schließlich kann nicht ausgeschlossen werden, dass der finanzpolitische Stellenwert, welcher der Schuldenfinanzierung öffentlicher Ausgaben aufgrund einer als sicher unterstellten Wirksamkeit beigemessen wird, zu hoch ausfällt (certainty effect). Im Gegenzug neigen die politisch verantwortlichen Akteure häufig dazu, die von einer wachsenden Staatsverschuldung ausgehende negative Haushaltsdynamik in Gestalt eines sog. Budget-Crowding-Out-Effekts zu unterschätzen.²¹ Beide Formen von Fehleinschätzungen stehen für einen *kognitiven Kontrollverlust*, den man mit Frey und Schulz-Hardt (1997) auch als „gelernte Sorglosigkeit“ bezeichnen kann. Auch

²⁰ Es kann daher nicht verwundern, wenn Hilpert (2002) in diesem Zusammenhang von „Japans endloser Wirtschaftskrise“ spricht. Siehe für eine aktuelle Bewertung der japanischen Finanz- und Schuldenpolitik auch Gern (2015). Dass der hohe Schuldenstand bislang noch zu keiner Staatsschuldenkrise geführt hat, liegt u.a. an der japanischen Besonderheit, dass es sich ausschließlich um eine vom Inland getragene öffentliche Kreditfinanzierung handelt.

²¹ Siehe hierzu auch Hansmeyer (1984: 163) ebenso wie Döring (2002: 163ff.).

wenn mit diesem Begriff ursprünglich die mentale Wirkung eines wiederholt erfolgreichen Verhaltens individueller Steuerhinterziehung charakterisiert werden sollte, lassen sich damit in gleicher Weise entsprechende Gewöhnungseffekte eines kollektiven Verschuldungsverhaltens umschreiben.

Vergleichbar den Motiven für die Überschuldung privater Haushalten kann eine wachsende Staatsverschuldung als Ausdruck einer geringen kollektiven Fähigkeit zur Aufschiebung von Bedürfnissen gedeutet werden. In der psychologischen Verhaltensforschung wird dies wahlweise unter den Stichworten der „Melioration“ oder der „Prokrastination“ behandelt und gilt als Ursache zeitinkonsistenter Präferenzen. Danach können sich Politiker wie Bürger zwar problemlos für eine künftige Begrenzung der Kreditfinanzierung aussprechen, sie antizipieren dabei jedoch häufig nicht hinreichend, dass es zu einem späteren Zeitpunkt aufgrund kurzfristiger Bedürfnisveränderungen (z.B. in Form neu entstandener Ausgabenwünsche) zu Abweichungen von diesem Plan kommen kann. Thaler und Sunstein (2012: 62) sprechen diesbezüglich allgemein von einer Mischung aus „Versuchung und Gedankenlosigkeit“ und bezeichnen „ein solches Verhalten als dynamisch inkonsistent“. Dieser „myopische Effekt“ wird nach Wiswede (2012: 182) noch dadurch verstärkt, dass die aus der Staatsverschuldung resultierenden und erst langfristig zu erwartenden Kosten stark abdiskontiert werden. Dabei ist – folgt man Laibson und Zettelmeyer (2003) – auch die verbleibende Lebenserwartung der Bürger von besonderer Bedeutung: Je kürzer diese ist, desto ausgeprägter ist die Neigung, wenig an Morgen und mehr an das Hier und Jetzt zu denken. Dies führt zu der Konsequenz, dass Staaten, deren Bevölkerung durch ein hohes Durchschnittsalter gekennzeichnet ist, in aller Regel auch eine höhere Verschuldung aufweisen. Unter dem Blickwinkel ihrer Begrenzung ist die Schuldenpolitik von Staaten daher allzu oft eine Geschichte „vom ewigen Aufschieben“ bzw. vom „Auf-die-lange-Bank-Schieben“, die nur durch wirksame (institutionelle) Mechanismen der Selbstdisziplinierung überwunden werden kann.²² Die jüngst erfolgte Einführung einer grundgesetzlich geregelten Schuldenbremse in Deutschland kann vor diesem Hintergrund als positives Beispiel für eine solche Kombination aus kollektiver Problemeinsicht und Bereitschaft zur Selbstdisziplinierung interpretiert werden.

²² So lassen nach Ariely (2010: 169) Verhaltensexperimente „darauf schließen, dass zwar jeder Mensch Probleme mit dem Hinausschieben hat, dass aber diejenigen, die diese Schwäche erkannt und sich eingestanden haben, eher das Instrument der Selbstverpflichtung zur Überwindung dieser Schwäche einsetzen können“. Siehe hierzu auch die experimentelle Untersuchung von Ariely und Wertenbroch (2002).

4 Finanzpolitische Schlussfolgerungen

Um die im Zusammenhang mit der öffentlichen Verschuldung häufig bestehende Schuldenillusion auf Seiten der Bürger und die daraus resultierende Fehlwahrnehmung der Kosten öffentlicher Leistungen zu durchbrechen, bedarf es – und dies ist eine erste Schlussfolgerung aus den finanzpsychologischen Überlegungen – der Initiierung von Lernprozessen, in deren Rahmen über die langfristigen ökonomischen Wirkungen der öffentlichen Verschuldung entsprechend aufgeklärt wird. Zu diesem Zweck ist eine wirksame Bereitstellung verschuldungsbezogener Informationen erforderlich, um bei den Bürgern ein tieferes Bewusstsein für die gegenwärtigen wie zukünftigen Konsequenzen einer dauerhaft hohen Staatsverschuldung zu erzeugen. Dabei ist es wichtig, dass diese Informationsbereitstellung regelmäßig erfolgt, um bestehenden myopischen Effekten ebenso wie dem „Abspeichern“ von Vorteilen und Nachteilen der öffentlichen Verschuldung in unterschiedlichen mentalen Konten wirksam entgegenzuwirken. Eine entsprechende Aufklärungsstrategie wird darüber hinaus nur dann die erhoffte Wirkung entfalten können, wenn die dargebotenen Informationen zum einen leicht verständlich sind und zum anderen mit ihnen im Sinne eines negativen Framing-Effekts die „Verlustdimension“ der öffentlichen Verschuldung verdeutlicht wird.

Gängige Verschuldungskennziffern (Zins-Steuerquote, Zins-Ausgabenquote, Schuldenstandquote etc.) scheinen für den letztgenannten Zweck eher ungeeignet, weil letztlich zu abstrakt und damit alltagsfern. Hilfreicher wären hier etwa der Ausweis von Pro-Kopf-Verschuldungswerten auf den jährlichen Steuerbescheiden oder eine am fiskalischen Äquivalenzprinzip orientierte Verpflichtung der Politik, den Schuldenfinanzierungsanteil bei der Inanspruchnahme staatlicher Leistungsangebote gegenüber dem Bürger ausweisen zu müssen. Denkbar ist auch die Entwicklung medientauglich aufbereiteter Indikatoren einer nachhaltigen Haushalts- und Finanzpolitik, aus denen sich die zu erwartende Belastung gegenwärtiger wie zukünftiger Generationen durch die öffentliche Kreditaufnahme anschaulich ableiten lässt. Vergleichbar einem Geschäftsklimaindex als Informationsinstrument für den Aktienmarkt käme hier ein fiskalischer Nachhaltigkeitsindex oder auch der regelmäßige Ausweis von haushaltsbezogenen „Nachhaltigkeitslücken“ in Frage. Dabei ist von geringerer Bedeutung, auf welcher methodischen Basis²³ solche Messzahlen und Indizes ermittelt werden, als vielmehr, dass die sich daraus ergebenden Berech-

²³ Für die entsprechende Berechnung einer verschuldungsbedingten Nachhaltigkeitslücke könnte zum einen auf das OECD-Konzept der „Fiscal Sustainability“ zurückgegriffen werden, das auf Ansätze von Blanchard et al. (1990) sowie Franco und Munzi (1997) zurückgeht. Denkbar wäre allerdings auch die Methode des „Generational Accounting“, für die stellvertretend auf Kotlikoff oder auch Auerbach et al. (1994) verwiesen werden kann. Für eine Gegenüberstellung beider Konzepte siehe Kitterer (2002).

nungsergebnisse kontinuierlich und in einfacher Form kommuniziert werden, um ein hinreichendes Feedback zum Anstoßen von Lernprozessen beim Bürger zu erzeugen.

Eine Politik der Aufklärung und Informationsbereitstellung ist zwar ein notwendiger Baustein zur Begrenzung der Staatsverschuldung. Sie dürfte jedoch allein nicht ausreichend sein, um das in den zurückliegenden Jahren und Jahrzehnten praktizierte staatliche Verschuldungsverhalten grundlegend zu ändern. Dies gilt insbesondere dann, wenn die politischen Entscheidungsträger entweder aus kurzfristigen strategischen Überlegungen eine Kreditfinanzierung einer Steuerfinanzierung vorziehen oder wenn sie – analog zu den Bürgern – aufgrund von Fehlwahrnehmungen ebenfalls einer Schuldenillusion unterliegen. Für eine wirksame Begrenzung der Staatsverschuldung bietet sich aus finanzpsychologischer Sicht daher noch ein weiterer Anknüpfungspunkt, der zudem stärker auf die Phänomene der „Melioration“ und „Prokrastination“ im Umgang mit der öffentlichen Verschuldung abstellt. Um das Problem einer mangelnden Selbstkontrolle der politisch verantwortlichen Akteure (aber auch der Bürger) hinsichtlich der Möglichkeit zur Schuldenfinanzierung öffentlicher Leistungen zu vermeiden, bedarf es – in Anlehnung an Thaler und Sunstein (2012: 340) – einer Veränderung der politischen „Entscheidungsarchitektur“ in Form eines „Nudges“, um jener mit der Staatsverschuldung verbundenen „Versuchung zu widerstehen“. Eine vergleichsweise harte Form eines solchen Nudges stellt dabei die verfassungsrechtliche Verankerung einer sog. Schuldenbremse dar. Als institutionelle Selbstbindung des politischen Handelns wirkt sie „Methodismus“ und kognitivem Kontrollverlust im Umgang mit der öffentlichen Kreditaufnahme entgegen und führt im günstigsten Fall zu einer Änderung des bisher praktizierten Verschuldungsverhaltens. Als Beispiele für eine entsprechende Strategie der Selbstbindung kann mit Feld (2011) auf die politische Implementierung solcher Schuldenbremsen in der Schweiz oder auch in Deutschland verwiesen werden.

Die Einhaltung von Schuldengrenzen erfordert schließlich in aller Regel Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung. Nach Schmolders (1970) zeigen finanzpsychologische Studien, dass Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen zwar funktional äquivalente Instrumente zur Begrenzung der öffentlichen Kreditaufnahme darstellen. Bei beiden Alternativen zur Vermeidung einer vermehrten Kreditaufnahme sind jedoch Reaktanz und Verlustaversion unterschiedlich ausgeprägt. So wird in Einklang mit der Prospect-Theorie der Verzicht auf einen Gewinn (Ausgabenkürzung) im Vergleich zu einem Verlust an eigenen Mitteln (Steuererhöhung) aus Sicht der betroffenen Bürger als weniger „schmerzhaft“ empfunden. Auch wenn für Ausgabenkürzung gilt, dass deren Zustimmungsfähigkeit beim Bürger vom Grad der Merklichkeit ebenso wie der individuellen Betroffenheit des jeweiligen Ausgabepostens abhängig ist, sind unter dem Ziel der Vermeidung einer (zusätzlichen) öffentlichen Kre-

ditfinanzierung entsprechende Einschränkungen auf der Ausgabenseite alternativen Maßnahmen der Einnahmensteigerung vorzuziehen.

5

Literatur

- Abrams, B. A.; Dougan, W. R., The Effects of Constitutional Restraints on Government Spending, in: *Public Choice* 49 (1986), 101-116.
- Alesina, A.; Perotti, R., Income Distribution, Political Instability, and Investment, in: *European Economic Review* 40 (1996), 1203-1228.
- Alesina, A.; Cohen, G.; Roubin, N., Electoral Business Cycles in Industrial Democracies, in: *European Journal of Political Economy* 9 (1993), 1-23.
- Alesina, A.; Ozler, S.; Roubini, N.; Swagel, P., Political Instability and Economic Growth, in: *Journal of Economic Growth* 1 (1996), 189-211.
- Alt, J. E.; Lowry, R. C., Divided Government and Budget Deficits – Evidence from the States, in: *American Political Science Review* 88 (1992), 811-828.
- Ariely, D., *Denken hilft zwar, nützt aber nichts – Warum wir immer wieder unvernünftige Entscheidungen treffen* (2. Auflage, München 2010).
- Ariely, D.; Wertenbroch, K., Procrastination, Deadlines, and Performance – Self-Control by Precommitment, in: *Psychological Science* 13 (2002), 219-224.
- Auerbach, A. J.; Gokhale, J.; Kotlikoff, L. J., Generational Accounting – A Meaningful Way to Evaluate Fiscal Policy, in: *Journal of Economic Perspectives* 8 (1994), 73-94.
- Barro, J. R., Are Government Bonds Net Wealth?, in: *Journal of Political Economy* 82 (1974), 1095-1117.
- Barro, J. R., On the determination of public debt, in: *Journal of Political Economy* 87 (1979), 940-971
- Beck, H.; Prinz, A., *Staatsverschuldung – Ursachen, Folgen, Auswege* (München 2011).
- Bernheim, B. D., A Neoclassical Perspective on Budget Deficits, in: *Journal of Economic Perspectives* 3 (1989), 55-72.
- Bernheim, B. D.; Rangel, A., Behavioral Public Economics – Welfare and Policy Analysis with Non-Standard Decision-Makers, in: Diamond, P.; Vartiainen, H. (Hrsg.), *Economic Institutions and Behavioral Economics* (Princeton 2007), 7-77.
- Blanchard, O.; Chouraqui, J.-C.; Hagemann, R. P.; Startor, N., The Sustainability of Fiscal Policy – New Answers to an Old Question, in: *OECD Economic Studies*, No. 15 (1990), 7-36.
- Buchanan, J. M.; Wagner, R. E., *Democracies in Deficit* (New York 1977).
- Caesar, R., Theoretische Grundfragen der Staatsverschuldung, in: *Wirtschaftswissenschaftliches Studium* 20 (1991), 218-224.
- Camerer, C.; Babcock, L.; Loewenstein, G.; Thaler, R. H., Labor Supply of New York City Cabdrivers – One Day at a Time, in: *Quarterly Journal of Economics* 112 (1997), 407-411.

- Congdon, W. J.; Kling, J. R.; Mullainathan, S., *Policy and Choice: Public Finance through the Lens of Behavioral Economic* (Washington DC 2011).
- Cowell, F. A., *Tax Evasion and Inequity*, in: *Journal of Economic Psychology* 13 (1992), 521-543.
- Döring, T., *Lässt sich ein Abbau der öffentlichen Verschuldung politökonomisch erklären?*, in: *Zeitschrift für Wirtschaftspolitik* 51 (2002), 142-171.
- Döring, T., *Öffentliche Finanzen und Verhaltensökonomik – Zur Psychologie der budgetwirksamen Staatstätigkeit* (Wiesbaden 2015).
- Dörner, D., *Die Logik des Misslingens – Strategisches Denken in komplexen Situationen* (10. Auflage, Hamburg 2011).
- Engelhardt, G.; Hegmann, H.; Panther, S., *Fiskalillusion aus Sicht der Neuen Institutionenökonomik*, in: Smekal, C.; Theurl, T. (Hrsg.), *Stand und Entwicklung der Finanzpsychologie* (Baden-Baden 1994), 121-152.
- Falk, A., *Wirtschaftswissenschaftliche Experimente – Homo oeconomicus auf dem Prüfstand*, in: *Wirtschaftsdienst* 81 (2001), 300-304.
- Farber, H. S., *Is Tomorrow Another Day? – The Labor Supply of New York City Cabdrivers*, in: *Journal of Political Economy* 113 (2005), 46-82.
- Feld, L. P., *Krise der Staatsfinanzen – Institutionelle Rahmenbedingungen für eine solide Finanzpolitik*, in: Theurl, T. (Hrsg.), *Institutionelle Hintergründe von Krisen* (Berlin 2011), 19-56.
- Feld, L. P.; Frey, B. S., *Tax Compliance as the Result of a Psychological Tax Contract – The Role of Incentives and Responsive Regulation*, in: *Law & Policy* 29 (2007), 102-120.
- Franco, D.; Munzi, T., *Ageing and Fiscal Policy in the European Union*, in: *European Economy, Reports and Studies*, No. 4 (1997), 239-388.
- Frey, D.; Schulz-Hardt, S., *Eine Theorie der gelernten Sorglosigkeit*, in: Mandl, H. (Hrsg.), *Bericht über den 40. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Psychologie* (Göttingen 1997), 604-611.
- Gandenberger, O., *Grenzen der Staatsverschuldung – Theoretische Erkenntnisse und Anwendung auf die Bundesrepublik Deutschland*, in: *Probleme der Staatsverschuldung* (= Beihefte der Konjunkturpolitik 27, Berlin 1980), 9-18.
- Gandenberger, O., *On Government Borrowing and False Political Feedback*. Paper presented at the 40th Congress of IIPF (Innsbruck 1984).
- Gern, K.-J., *Konjunkturschlaglicht – Zwei Jahre „Abenomics“ in Japan*, in: *Wirtschaftsdienst* 95 (2015), 151-152.
- Grabitz-Gniesch, G.; Grabitz, H. J., *Psychologische Reaktanz – Theoretisches Konzept und experimentelle Untersuchungen*, in: *Zeitschrift für Sozialpsychologie* 4 (1973), 19-35.
- Grilli, V.; Masciandaro, D.; Tabellini, G., *Political and Monetary Institutions and Public Finance Policies in the Industrial Countries*, in: *Economic Policy* 13 (1991), 341-392.

- Grüske, K.-D., Staatsverschuldung im Spannungsfeld zwischen politischer Forderung und ökonomischer Rationalität, in: Schachtschneider, K. A. (Hrsg.), *Wirtschaft, Gesellschaft und Staat im Umbruch* (Berlin 1995), 276-302.
- Hansmeyer, K.-H., *Der öffentliche Kredit* (3. Auflage, Frankfurt am Main 1984).
- Hilpert, H. G., *Japans endlose Wirtschaftskrise – Perspektiven für Japan und die Weltwirtschaft* (Berlin 2002).
- Hirte, G., *Normative und positive Theorien öffentlicher Verschuldung – Ein Überblick* (= Diskussionsbeiträge der Katholischen Universität Eichstätt 97, Ingolstadt 1997).
- International Monetary Fund, *Report for Selected Countries and Subjects* (= World Economic Outlook Database, April 2018) online: <https://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2018/01/weodata/index.aspx>
- Kahneman, D.; Tversky, A., *Prospect Theory – An Analysis of Decision under Risk*, in: *Econometrica* 47 (1979), 263-291.
- Kahneman, D.; Tversky, A., *Choices, Values and Frames*, in: *American Psychologist* 39 (1984), 341-350.
- Kahneman, D.; Tversky, A., *Advances in Prospect Theory – Cumulative Representation of Uncertainty*, in: *Journal of Risk and Uncertainty* 5 (1992), 297-323.
- Kitterer, W., *Indikatoren für eine nachhaltige Finanzpolitik*, in: *Wirtschaftsdienst* 82 (2002), 67-73.
- Kotlikoff, L. J., *Generational Accounting – Knowing Who Pays, and When, for What We Spend* (New York 1992).
- Laibson, D. I.; Zettelmeyer, J., *Die Neue Ökonomie der Ungeduld*, in: Fehr, E.; Schwarz, G. (Hrsg.), *Psychologische Grundlagen der Ökonomie* (Zürich 2003), 39-46.
- Lea, S. E. G., *Credit, Debt and Problem Debt*, in: Earl, P. E.; Kemp, S. (Hrsg.), *The Elgar Companion to Consumer Research an Economic Psychology* (Cheltenham 1999), 139-144.
- Lea, S. E. G.; Webley, P.; Levine, R. M., *The Economic Psychology of Consumer Debt*, in: *Journal of Economic Psychology* 14 (1993), 85-119.
- Leineweber, N., *Das säkulare Wachstum der Staatsausgaben* (Göttingen 1988).
- Mullainathan, S.; Schwartzstein, J.; Congdon, W. J., *A Reduced-Form Approach of Behavioral Public Finance*, in: *Annual Review of Economics* 4 (2012), 17.1-17.30.
- Oates, W. E., *On the Nature and Measurement of Fiscal Illusion – A Survey*, in: Brennan, G.; Grewel, B. S.; Groenwegen, P. (Hrsg.), *Taxation and Fiscal Federalism* (Sydney 1988), 65-82.
- Pelzmann, L., *Wirtschaftspsychologie – Behavioral Economics, Behavioral Finance, Arbeitswelt* (6. Auflage, Wien 2012).

- Persson, T.; Tabellini, G., *Political Economics* (Cambridge MA 2000).
- Poterba, J. M., *State Response to Fiscal Crisis – The Effects of Budgetary Institutions and Politics*, in: *Journal of Political Economy* 102 (1994), 799-821.
- Puviani, A., *Die Illusion in der Finanzwirtschaft*, in: *Finanzwissenschaftliche Forschungsarbeiten, Neue Folge* 22 (Berlin 1960), 51-53.
- Ranyard, R.; Hinkley, L.; Williamson, J.; McHugh, S., *The Role of Mental Accounting in Consumer Credit Decision Processes*, in: *Journal of Economic Psychology* 27 (2006), 571-588.
- Reinhart, C. M.; Rogoff, K. S., *Dieses Mal ist alles anders – Acht Jahrhunderte Finanzkrisen* (München 2010).
- Ricardo, D., *Grundsätze der Volkswirtschaft und Besteuerung* (2. Auflage, Jena 1921).
- Richter, F.; Wiegard, W., *Zwanzig Jahre „Neue Finanzwissenschaft“ – Teil II: Steuern und Verschuldung*, in: *Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften* 113 (1993), 337-400.
- Robben, H. S. J.; Webley, P.; Elffers, H.; Helsing, D. J., *Decision Frames, Opportunity and Tax Evasion – An Experimental Approach*, in: *Journal of Economic Behavior and Organization* 4 (1991), 353-361.
- Roubini, N.; Sachs, J. D., *Political and Economic Determinants of Budget Deficits in the Industrial Democracies*, in: *European Economic Review* 55 (1989), 903-933.
- Schmölders, G., *Das Irrationale in der öffentlichen Finanzwirtschaft – Probleme der Finanzpsychologie* (Hamburg 1960).
- Schmölders, G., *Psychologie des Geldes* (Berlin 1966).
- Schmölders, G., *Finanz- und Steuerpsychologie* (Hamburg 1970).
- Schmölders, G.; Strümpel, B., *Vergleichende Finanzpsychologie – Besteuerung und Steuermentalität in einigen europäischen Ländern* (Wiesbaden 1968).
- Schorer, E., *Allgemeine Steuerpsychologie*, in: *FinanzArchiv* 9 (1947), 338-368.
- Smekal, C.; Theurl, T., *Stand und Entwicklung der Finanzpsychologie* (Baden-Baden 1994).
- Snyder, M. L.; Wicklund, R. A., *Prior Exercise of Freedom and Reactance*, in: *Journal of Experimental and Social Psychology* 12 (1976) 120-130.
- Stalder, I., *Staatsverschuldung aus Sicht der Neuen Politischen Ökonomie* (Nürnberg 1992).
- Steidl, F.; Wigger, U., *Staatsverschuldung und Zeitkonsistenz*, in: *Wirtschaftswissenschaftliches Studium* 43 (2014), 313-317.
- Stone, B.; Maury, R. V., *Indicators of Personal Financial Debt Using a Multi-Disciplinary Behavioral Model*, in: *Journal of Economic Psychology* 27 (2006), 543-556.
- Szende, P., *Steuerpsychologie*, in: *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft* 93 (1932), 427-464.

- Tabellini, G.; Alesina, A., Voting on the Budget, in: *American Economic Review* 80 (1990), 37-49.
- Thaler, R. H., Mental Accounting and Consumer Choice, in: *Marketing Science* 4 (1985), 199-214.
- Thaler, R. H.; Sunstein, C. R., *Nudge – Wie man kluge Entscheidungen anstößt* (2. Auflage, Berlin 2012).
- The British Psychological Society, *Behaviour Change – Personal Debt* (Leicester 2015); online: https://www1.bps.org.uk/system/files/Public%20files/debt_behaviour_change.pdf.
- Tollison, R. D.; Wagner, R. E., *Balanced Budget, Fiscal Responsibility, and the Constitution* (Washington DC 1980).
- Torgler, B., *Tax Morale and Institutions* (= WWZ-Discussion Paper 02-07, Basel 2003).
- Torgler, B., Wirtschaftspolitische Erkenntnisse aus der Steuermoralforschung, in: Schaltegger, C. A.; Schaltegger, S. C. (Hrsg.), *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* (Zürich 2004), 165-176.
- Tretter, B., *Die Steuermentalität – Ein internationaler Vergleich* (Berlin 1974).
- Weizsäcker, R. K. v., (1997): Finanzpolitik, in: Hagen, J. v.; Welfens, P. J. J.; Börsch-Supan, A. (Hrsg.), *Springers Handbuch der Volkswirtschaftslehre 2* (Berlin et al. 1997), 123-180.
- Wellisch, D., *Finanzwissenschaft 3* (= Staatsverschuldung, München 2000).
- Weltring, S., *Staatsverschuldung als Finanzierungsinstrument des deutschen Vereinigungsprozesses* (Frankfurt am Main et al. 1997).
- Wortmann, C. B.; Brehm, J. W., Responses to Uncontrollable Outcomes – An Integration of Reactance Theory and the Learned Helplessness Model, in: Berkowitz, L. (Hrsg.), *Advances in Experimental Social Psychology* 8 (New York, London 1975), 277-336.
- Wiswede, G., *Einführung in die Wirtschaftspsychologie* (5. Auflage, München, Basel 2012).
- Zimmermann, H., Ökonomische Rechtfertigung einer kontinuierlichen Staatsverschuldung, in: Henke, K.-D. (Hrsg.), *Zur Zukunft der Staatsfinanzierung* (Baden-Baden 1999), 157-171.
- Zimmermann, H., The Deep Roots of the Government Debt Crisis, in: *The Journal of Financial Perspectives* 3 (2015), 33-42.

Thomas Döring

Öffentliche Verschuldung